

Magistraler Gegenschlag

Bundesräte kritisieren den GPK-Bericht zur UBS-Affäre

Haben die Geschäftsprüfungskommissionen wichtige Dokumente unterschlagen, um ihre These vom schwachen Bundesrat zu stützen?

BEAT RECHSTEINER

Jetzt haben sie genug: Mehrere Bundesräte wehren sich dagegen, als Versager der Nation abgestempelt zu werden. Sie holen zum Gegenschlag gegen die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) von National- und Ständerat aus, die der Regierung bei der Bewältigung der UBS-Affäre schlechte Noten ausgestellt haben.

Am deutlichsten wird Verkehrsminister Moritz Leuenberger: Die GPK hätten einiges verschwiegen, wohl weil die betreffenden Fakten nicht zur These gepasst hätten, wonach der Bundesrat zu passiv gewesen sei, sagt er im Interview mit dem «SonntagsBlick». «Sobald alle Mitglieder des Bundesrats informiert waren, gab es intensive Diskussionen und Vorschläge, wie weiter vorzugehen sei; auch Aufträge wurden erteilt», berichtet

Leuenberger. Der Bundesrat habe dies den GPK mitgeteilt, doch diese hätten solche Korrekturen nicht in den Bericht aufgenommen. Zwischen den Zeilen lässt sich der happige Vorwurf herauslesen, die GPK hätten relevante Unterlagen systematisch unterschlagen.

Merz ignorierte Warnungen

Um die eigene Rolle in der UBS-Affäre ins richtige Licht zu rücken, scheuen die Bundesräte selbst vor jenen Indiskretionen nicht zurück, die im Untersuchungsbericht der GPK so harsch kritisiert werden. Jedenfalls präsentiert die «SonntagsZeitung» nun Auszüge aus einem an sich geheimen Mitbericht von Aussenministerin Micheline Calmy-Rey an ihre Kollegen. Darin ist belegt, dass die Strategie von Finanzminister Hans-Rudolf Merz im Gremium sehr wohl angezweifelt wurde und alternative Vorschläge auf dem Tisch lagen.

So soll Calmy-Rey im November 2008 die Einsetzung einer interdepartemen-

talen Arbeitsgruppe für internationale Amts- und Rechtshilfe in Steuerfragen verlangt haben. Damit sollte sich die Regierung auf Forderungen aus dem Ausland vorbereiten. Leuenberger soll Merz zudem im September gleichen Jahres wegen der Herausgabe von 300 UBS-Kundendossiers an die USA vor grossen rechtlichen Problemen gewarnt haben. Der SP-Bundesrat habe deshalb empfohlen, mit dem Bundesverwaltungsgericht über eine Beschleunigung der Amtshilfeverfahren zu sprechen. Und offenbar hat es noch weitere solche Ratschläge gegeben, die Merz ignoriert hat.

Die «SonntagsZeitung» kommt zum Schluss, dass die GPK den Finanzminister schonten, seine Verbindungen zu den Banken nicht genügend ausleuchte und stattdessen den Gesamtbundesrat kritisiere. Pikant in diesem Zusammenhang: Mit 6:1 Stimmen beschloss der Bundesrat vor der Publikation des Berichts, von den GPK verschiedene Korrekturen zu verlangen. Als Einziger hat sich Merz gegen diesen Schritt gewehrt, weil die Korrekturen zusätzliche Schatten auf seine Rolle in der UBS-Affäre geworfen hätten.

Gesamtgremium ist schuld

FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger, Mitglied der für den Bericht zuständigen Arbeitsgruppe, weist die Vorwürfe an die GPK zurück (siehe Interview). Andere beteiligte Parlamentarier gingen gestern auf Tauchstation und waren für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Allerdings gibt es auch GPK-Mitglieder, welche die Kritik nachvollziehen können. Sie bestätigten gegenüber dem «Sonntag», dass der Bericht auf der Zielgeraden «politisch austariert» worden sei. So habe sich die Mehrheitsmeinung durchgesetzt, dass in einer Kollegialitätsbehörde nicht nur ein einzelnes Mitglied verantwortlich gemacht werden könne, sondern das gesamte Gremium.

«Die Vorwürfe sind haltlos – die politische Kontrolle hat gespielt»

FDP-Nationalrätin Eichenberger verärgert über Bundesrat

BEAT RECHSTEINER

Frau Eichenberger, die Geschäftsprüfungskommissionen werden heftig kritisiert. Es heisst, brisante Dokumente seien unterschlagen worden.

Corina Eichenberger: Ich weise solche Vorwürfe zurück. Wir haben seriös gearbeitet.

Gemäss «SonntagsZeitung» gab es Mitberichte verschiedener Bundesräte, welche die Strategie von Finanzminister Hans-Rudolf Merz infrage stellten. Diese werden im GPK-Bericht nicht berücksichtigt.

Eichenberger: Das stimmt so nicht. Sie finden im Bericht die verschiedenen Positionen der Bundesräte ausführlich dargestellt, allerdings anonymisiert. So wurde auch der Mitbericht von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey berücksichtigt, aus dem die «SonntagsZeitung» nun zitiert.

Wieso wehren sich denn nun die Bundesräte und lassen solche Informationen über die Sonntagspresse streuen?

Eichenberger: Dieses Vorgehen der Regierungsmitglieder zeigt für mich einmal mehr, wie dieses Gremium funktioniert. Mittels Indiskretionen versuchen sie jetzt, ihre Stellung zu verbessern. Gerade dies zeigt doch, dass das Kollegialitätsprinzip kaum mehr etwas gilt und es keinen Zusammenhalt im Bundesrat gibt.

Ist es nicht so, dass die GPK aus Angst vor einer PUK stark unter Druck standen und deshalb gezwungen waren, den Bundesrat hart zu kritisieren? Werden deshalb Aspekte, die den Gesamtbundesrat entlasten, ausgeblendet?

Eichenberger: Der Druck, dass trotz unserer Arbeit eine PUK eingesetzt wird, war natürlich vorhanden. Aber nicht in Bezug auf den Inhalt des Be-

richts. Wir haben uns an die Unterlagen und an die Anhörungen gehalten, diese dargelegt und schonungslos bewertet. Wir handelten nicht aus einer Erwartung heraus, der Bericht müsse besonders kritisch ausfallen.

Es steht der Vorwurf im Raum, die Arbeitsgruppe habe Merz geschont.

Eichenberger: Dieser Vorwurf ist haltlos, schliesslich sind in den Kommissionen alle Parteien vertreten – nicht nur bürgerliche. Die politische Kontrolle hat also gespielt.

Uns ist aufgefallen, dass an der GPK-Pressekonferenz vor einer Woche ausgerechnet Sie als FDP-Nationalrätin die meisten kritischen Fragen zu Merz beantwortet haben. Wieso eigentlich?

Eichenberger: Das war Zufall. Zudem habe ich die Fragen als Mitglied der Arbeitsgruppe objektiv beantwortet.

Es gibt Politiker, die fordern, dass die GPK nun Zusatzermittlungen anstellen sollen. Gerade in Bezug auf die Verstrickungen zwischen dem Finanzdepartement, der Bankenaufsicht und der UBS. Sehen Sie da noch Potenzial?

Eichenberger: Wir haben unter starkem Zeitdruck gearbeitet und unter den gegebenen Voraussetzungen das Maximum herausgeholt. Ich halte den Vorschlag für konstruktiv, jetzt noch einmal gezielt Vertiefungsarbeiten zu leisten. Das wäre sicher sinnvoller, als jetzt den riesigen Apparat zu bemühen, den eine PUK brauchte.



Corina Eichenberger (FDP/AG) ist Mitglied der GPK-Arbeitsgruppe, die die UBS-Affäre untersucht hat.

UBS ist gesprächsbereit

Die UBS-Spitze um Kaspar Villiger und Oswald Grübel macht einen Schritt auf die Politik zu. In einem Brief an Bundespräsidentin Doris Leuthard und die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) erklärt sich die Grossbank zum Gespräch bereit. «Das ist ein gutes Zeichen», sagt FDP-Ständerat Hans Hess zum Brief und bestätigt entsprechende Berichte der Sonntagspresse. Der Vizepräsident der GPK-Arbeitsgruppe, welche den Bericht zur UBS-Affäre verfasste, wollte aber nichts über den weiteren Inhalt des Briefes preisgeben. Gemäss mehreren Sonntagsblättern liesse die UBS auch über eine

unabhängige Expertenkommission mit sich reden, welche die Geschehnisse innerhalb der Grossbank untersuchen sollte. Die Einsetzung einer solchen Kommission ist eine der Forderungen der GPK. Die Parlamentarier der GPK werden sich bereits heute wieder treffen und das weitere Vorgehen besprechen. Eine neue Erkenntnis gibt es im Zusammenhang mit einem 2008 in Betracht gezogenen Verkauf der UBS an eine ausländische Bank. Wie mehrere Sonntagszeitungen berichten, stand damals ein Verkauf an die britische HSBC im Zentrum. (SDA/MZ)

SBB: Gygi stärkt Meyer den Rücken

Viele Wechsel im Kader seien «normal»

SBB-Verwaltungsratspräsident Ulrich Gygi steht trotz grosser Fluktuation auf höchster Kaderstufe voll hinter SBB-Chef Andreas Meyer. Wenn er sich nur mit Ja-Sagern umgäbe, wäre er längst nicht mehr im Amt, sagt Gygi in einem Interview mit der «SonntagsZeitung».

Meyer sei einer, der in seiner Führungsrolle zupackend sei. Der Verwaltungsrat wolle einen Chef, der aktiv die Strukturen und Prozesse gestalte und optimiere. Es sei klar, dass es nicht allen passe, wenn er und andere Geschäftsleitungsmitglieder koordinierend in die Aufgaben der Divisionen eingriffen, sagte Gygi weiter.

Nichts Beängstigendes

Die vielen Abgänge auf den höchsten SBB-Kaderstufen bezeichnet Gygi als «normalen Vorgang». Er habe bei der Post ebenfalls die ganze Konzernleitung ausgewechselt, allerdings nicht in so kurzer Zeit, sagt der ehemalige Post-Chef. Er sehe in der Personalfuktuation deshalb nichts Beängstigendes. Wechsel brächten auch neue Kompetenzen. Gygi trägt auch den rigorosen Sparkurs von Andreas Meyer mit. «Ich gehe davon aus, dass die Veränderungen sich insgesamt auf einen dreistelligen Millionenbetrag summieren», sagte Gygi zu Massnahmen in der Administration und im Güterverkehr. Dies sei der Beitrag der SBB an die Lösung der Finanzierungsprobleme. (SDA)



IM PASSENDEN TENÜ Bundespräsidentin Doris Leuthard besuchte gestern das Trachtenfest. URS FLÜELER/KEYSTONE

Farbiges Schaulaufen der Kulturen

Die Bundespräsidentin lobt am Trachtenfest in Schwyz die Pflege des Brauchtums

Die Trachtenkultur mache die Wurzeln sichtbar, sagte Bundespräsidentin Doris Leuthard. Sie war in einer Freiamter Tracht nach Schwyz gekommen. Mit dem Brauchtum würden auch Werte gepflegt, auf denen die Schweiz mit ihren vielfältigen Kulturen aufbaue.

Leuthard wand den Trachtenleuten auch ein Kränzchen. Ihr Antrieb sei bei

der Pflege ihres Brauchtums die Freude und nicht der persönliche Profit. Gäbe es mehr solche Menschen in den Chefetagen oder in Bundesbern, würde sich manches Problem rascher und mit weniger Gepolter lösen, sagte sie.

Mit einem farbenfrohen Umzug hat gestern Nachmittag in Schwyz das Eidgenössische Trachtenfest 2010 seinen Höhepunkt erreicht. Allein

zum Umzug strömten rund 45 000 Liebhaberinnen und Liebhaber des Brauchtums in den Schwyzer Hauptort.

Der lange, 50 Nummern umfassende Umzug startete nicht mit Trachten, sondern mit zum Alpaufzug geschmückten Kühen. Dann folgten, unterstützt von Fah-nenschwingern und Musikgruppen, Trachtenformationen aus allen Kantonen und

zeigten die ganze Vielfalt dieser Volkskultur.

Über das ganze dreitägige Fest zählten die Veranstalter total 75 000 Besucherinnen und Besucher. Es ist das erste Mal überhaupt, dass ein ländlicher Ort wie Schwyz das nur alle zwölf Jahre stattfindende Eidgenössische ausrichten konnte. Die letzten Austragungsorte waren die Grossstädte Bern und Genf. (SDA)

Nachrichten

Leuenberger will bleiben

Moritz Leuenberger möchte 2011 ein drittes Mal Bundespräsident werden. Er rechnet allerdings mit einem schwierigen Jahr. «Bei der Gesamterneuerung des Bundesrates werden parteipolitische Verschiebungen angestrebt.» Er hoffe, dass sich der Bundesrat dadurch nicht auseinanderdividieren lasse, sagte Leuenberger in einem Interview mit dem «SonntagsBlick». (SDA)

Übergriffe Kirche will Verhaltenskodex

Die christliche Kirche der Schweiz hat an ihrer Nationalsynode in Neuenburg eine Grundsatzklärung zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor sexuellen Übergriffen beschlossen. Zudem wurde ein Verhaltenskodex für kirchliche Mitarbeiter in Auftrag gegeben. Demnach müssten sexuelle Übergriffe grundsätzlich zur Anzeige gebracht werden. (SDA)

Widerstand Protest gegen Radaranlage

Im Waadtland formiert sich Widerstand von Umweltschützern gegen eine von Armee und Skyguide geplante Radarantenne auf dem Mont Tendre im Jura. Der Bau der als geheim klassifizierten Anlage wurde vorübergehend suspendiert. Rund 200 Gegner der Anlage pilgerten am Sonntag auf den Berg. (SDA)